

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 16. Mai 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

P 245 Postulat Frey Monique und Mit. über die öffentliche Beschaffung: Anschaffung von Dieselfahrzeugen nur mit modernster Abgasreinigungstechnik / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Monique Frey hält an ihrem Postulat fest.

Monique Frey: Seit 2004 ist die Belastung durch Stickoxid und Feinstaub kaum mehr gesunken. Man hat sich schon lange über diese Werte gewundert. Der VW-Abgasskandal hat nun das bestätigt, worauf schon viele Umwelt- und Konsumorganisationen seit Langem hinweisen: Die Diskrepanz zwischen den Abgasmesswerten im Labor und den realen Emissionen im Fahrbetrieb ist enorm. Es geht nicht nur um Stickoxid, sondern auch um den CO₂-Ausstoss, den Benzin- und Dieserverbrauch sowie um weitere Luftschadstoffe. Nicht nur bei VW, sondern auch bei anderen Autoherstellern gehört die Ausnutzung von Schlupflöchern bei den Abgastests zur Norm. Nun ist auch klar, warum Luzern seit Jahren bei den Stickoxiden, den Feinstaubbelastungen, aber auch den Ozonwerten immer wieder über der Grenzbelastung liegt. Heute Morgen um 7 Uhr ist der Wert der Stickoxide an der Moosstrasse über dem Grenzwert gelegen. Handeln ist angesagt. Der Kanton hat es selber in der Hand, bei der Beschaffung etwas zu ändern. Wir fordern, dass nur noch Fahrzeuge mit der neusten Abgasreinigungstechnik angeschafft werden sollen. Der Regierungsrat erklärt zwar, dass das schon lange der Fall sei, erwähnt aber auch die vielen Ausnahmen, unter anderem aufgrund der Wirtschaftlichkeit. Wir halten deshalb am Postulat fest. Die Sendung „Kassensturz“ hat berichtet, dass auch Dieselfahrzeuge der neusten Generation wahre Dreckschleudern sind. Aktuelle Fahrtests belegen, dass gerade im Winter die Abgasreinigung einfach ausgeschaltet wird. Dutzende Modelle überschreiten die gesetzlichen Stickoxidwerte um ein Vielfaches. Eigentlich reicht es nicht, nur die neuste Abgasreinigungstechnik zu fordern, sondern es sollte auf den Kauf von Dieselfahrzeugen ganz verzichtet werden.

Beat Meister: Die SVP-Fraktion erachtet die Stellungnahme und den Entscheid der Regierung als nachvollziehbar und schlüssig. Auch der Hinweis, dass bei gewissen Arbeitsfahrzeugen Kompromisse eingegangen werden müssen, entspricht den Gegebenheiten. Es erscheint auch verständlich, dass sich die Regierung nicht auf die Todesfolge durch Stickoxid einlässt. Es handelt sich dabei um sehr problematische Zahlen. Ärzte müssen eine Todesursachenstatistik führen, in welcher die Grundkrankheit, die unmittelbare Todesursache und Nebenerkrankungen aufgeführt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in dieser Statistik 950 Mal Stickoxid als unmittelbare Todesursache aufgeführt worden ist. Das hätte für einen grossen Aufruhr gesorgt. Solche Zahlen sind meiner Meinung nach wenig glaubhaft und sollten deshalb auch nicht verwendet werden. Die Forderungen des Postulats gehen der SVP zu weit, darum lehnen wir es ab.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion betrachtet das Anliegen als erfüllt und lehnt das Postulat deshalb ab. Die Regierung erneuert die Fahrzeugflotte ständig. Wir können nachvollziehen, dass sie im Einzelfall die Frage des ökologischen Optimums gegen weitere Kriterien wie Sicherheit, technische Anforderungen und Wirtschaftlichkeit abwägt. Dazu

gehört auch, dass die Fahrzeuge in Zeiten knapper Mittel länger eingesetzt werden. Die Fahrzeuge haben eine Amortisationsdauer, und so würde ein rascher Ersatz diese Dauer verkürzen, die Abschreibung erhöhen und somit auch die Kosten stark erhöhen. Fachleute haben mich wissen lassen, dass eine kurzfristige Erhöhung der Anforderungen vor allem Arbeitsfahrzeuge treffen würde. Weiter sind selbst Umweltsanierungen gegeneinander abzuwägen. Werden Luftziele mit einem raschen Ersatz früher erreicht, verschlechtert sich im Gegenzug der Verbrauch von grauer Energie, wenn die Fahrzeuge nicht länger eingesetzt werden können. Mit der Entsorgung der Fahrzeuge würden wiederum die Umwelt und die Finanzen belastet. Der Forderung, ältere Fahrzeuge beim Kanton zu ersetzen, würde rasch die Forderung folgen, dies auch von Firmen zu verlangen. Dadurch würde sich ein zusätzliches Kontrollproblem stellen. Wir wehren uns auch gegen Umweltzonen. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, dass sie bezüglich der Stickoxidbelastung bereits grosse Fortschritte erzielen konnte. Zurzeit bekämpft sie den Russ, den sie als schädlicher einstuft. Man kann nicht alles auf einmal erreichen. Der Markt funktioniert und reagiert entsprechend, der Absatz von Dieselfahrzeugen ist bereits zurückgegangen. Andererseits ist die Industrie stark damit beschäftigt, neue und umweltfreundlichere Modelle auf den Markt zu bringen.

Hasan Candan: Die Atemwegserkrankungen nehmen immer mehr zu. Die Belastung durch Dieselmotoren ist um ein Vielfaches gesundheitsschädlicher als durch Stickoxid. Die Regierung hätte in der Stellungnahme ihr Augenmerk mehr auf Dieselmotorenpartikel richten sollen statt auf Stickoxid. In der Moosstrasse ist die Belastung um den Faktor 10 höher als von der Eidgenössischen Kommission für Lufthygiene empfohlen. Das Verhalten der Fahrzeughersteller ist nicht in Ordnung, schlussendlich leiden wir alle unter den Folgen. Welche Handlungsmöglichkeiten hat aber der Kanton? Die SP ist damit einverstanden, dass bei der Beschaffung von Fahrzeugen in einzelnen Fällen die Sicherheit und Effizienz in gewissen Situationen höher gewichtet werden müssen als die Ökologie. Meiner Meinung nach ist aber die Stellungnahme der Regierung nicht nachvollziehbar und nicht schlüssig. Die Regierung erwähnt zwar, dass sie in diesem Bereich bereits viel unternimmt, aber unserer Meinung nach wäre noch mehr möglich. Als Beispiel werden in der Stellungnahme die Patrouillenfahrzeuge der Polizei genannt. Dank der heutigen Technologie sollte doch die Anschaffung von sicheren Patrouillenfahrzeugen möglich sein, welche zugleich die ökologischen Anforderungen erfüllen. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Urs Marti: Die Postulantin bemängelt die Qualität von Dieselfahrzeugen und die Folgen davon für unsere Luft. Der Abgasskandal im Bereich Personenwagen ist tatsächlich ein zu verurteilender Betrug auf grosser Ebene. Die Regelung dafür liegt aber bei der internationalen Politik. Als Schweiz oder gar als Kanton Luzern eine eigene Lösung anzustreben, wäre falsch. Es ist aber wünschenswert, dass sich ein solches Verhalten nicht wiederholt. Hingegen ist bei den schweren Motorfahrzeugen die Regelung im Bereich des Umweltschutzes hoch angesetzt, und sie wird in der Schweiz umgesetzt und eingehalten. Die schweizerische Transportwirtschaft hat ihre Fahrzeuge in den letzten Jahren infolge der durch die LSWA anfallenden Kosten stetig erneuert. Ein voll eingesetzter LKW wird in der Regel nach acht Jahren ersetzt, weil dann die Differenzkosten für die LSWA alte Fahrzeuge unwirtschaftlich machen. Dadurch wurden sowohl bei der öffentlichen Hand als auch in der Privatwirtschaft enorme Verbesserungen erzielt. Als Beispiel wurde die Vorgabe für den Stickoxidausstoss von der Euro-Norm 3 zur Euro-Norm 6 bei den LKW von 5000 auf 400 Milligramm reduziert. Wir gehen davon aus, dass der Kanton in aller Regel Neufahrzeuge beschafft. Da diese aufgrund der Gesetze immer die strengsten Abgaswerte einhalten müssen, ist damit die Forderung der Postulantin bereits erfüllt. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Markus Hess: Die GLP folgt weitgehend der Argumentation des Regierungsrates und lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab. Der Nachvollzug von eidgenössischen und zentralschweizerischen Umweltvorschriften beziehungsweise Luftreinhaltmassnahmen erfolgt. Laut Stellungnahme der Regierung versucht der Kanton das praktisch Mögliche im Bereich Luftreinhaltung zu unternehmen. Es freut uns festzustellen, dass er auch

Messstationen für den stark gesundheitsschädigenden Dieseleruss eingerichtet hat, leider aber nur zwei. Wir fragen uns, ob es nicht weitere Messstationen an für die Bevölkerung wichtigen Standorten bedürfte, um zum Thema Dieseleruss ein aussagekräftigeres Bild zu erhalten. Die Regierung wägt zwischen unterschiedlichen Leistungsparametern bei der Beschaffung und beim Betrieb von Spezialfahrzeugen, Lastkraftwagen, Lieferwagen und landwirtschaftlichen Fahrzeugen ab. Die Begründungen dazu sind nachvollziehbar. Die Regierung beantwortet aber nicht genau, wie viel und wie stark die erwähnten Arbeits- und Spezialfahrzeuge an die bekanntlich zu hohe Gesamtbelastung von Dieseleruss beitragen. Diese Geräte können aufgrund ihrer Grösse und ihrer PS-Stärke verhältnismässig viel Dieseleruss ausstossen, auch wenn sie in kleinerer Anzahl, weniger oft und auf kürzere Distanzen eingesetzt werden.

Marcel Omlin: Laut der Postulantin wird von einzelnen Firmen einfach die Filteranlage abgestellt. Das gibt es tatsächlich, nur handelt es sich dabei um keine Schweizer Unternehmen. In der Schweiz kann es sich heute ein Transporteur gar nicht mehr leisten, auf die neuste Technologie zu verzichten. Der Kanton Luzern muss hier keine Vorreiterrolle einnehmen, denn was um ihn herum geschieht, kann er nicht beeinflussen. In der Debatte ist mehrmals auf den VW-Abgasskandal hingewiesen worden. Das Postulat kann nicht dazu beitragen, dass sich keine Betrüger mehr ans Werk machen. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen. Sowohl beim Bund wie auch beim Kanton und in der Privatwirtschaft ist man sich dieser Problematik bewusst. Deshalb werden nur noch die neusten Dieselfahrzeuge eingesetzt.

Urs Brücker: Laut der Aussage von Monique Frey ist die Belastung durch Stickoxid und Feinstaub seit 2004 kaum mehr gesunken. Dem ist nicht ganz so. Gegenüber 2004 liegt der Jahresmittelwert beim Feinstaub heute nahe dem Grenzwert. Beim Stickoxid haben sich die Zahlen seit 2004 ebenfalls deutlich verbessert. Diese Tatsache gilt es zu berücksichtigen, wenn wir das Postulat ablehnen.

Monique Frey: Urs Brücker bezieht sich auf die gesamtschweizerischen Werte und nicht auf die Luzerner. Im Kanton Luzern haben die Werte seit 2004 kaum mehr abgenommen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Seit 2007 richtet sich der Kanton Luzern bezüglich der Beschaffung von Fahrzeugen auch nach ökologischen Kriterien aus. Zudem wurden von den Umweltschutzfachstellen der Zentralschweiz im Juni Richtlinien herausgegeben, nach denen sich alle Zentralschweizer Regierungen bei Beschaffungen orientieren. Die kantonale Verwaltung setzt diese Richtlinien verbindlich um. Die Luftbelastung entwickelt sich im Kanton Luzern unterschiedlich. Über die Qualität informiert der Umweltbericht, der im Sommer erscheint. Die Belastung bezüglich Stickoxid und Feinstaub ist rückläufig, obwohl mehr Fahrzeuge auf unseren Strassen unterwegs sind. Noch etwas zu den Messstationen. Die Zentralschweizer Kantone sind Mitinhaber der Innet Monitoring AG, welche für die ganze Zentralschweiz die Luftqualität misst. Darum gibt es auch noch in Reiden eine Messstation. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Wir beschaffen, wenn immer möglich, Fahrzeuge auf dem aktuellsten Stand, die mindestens der Euro-Norm 5, wenn nicht gar 6 entsprechen. Technisch bedingt gibt es aber ganz wenige Ausnahmen. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 81 zu 20 Stimmen ab.